



Dienstag, 27. Januar 2026, 16:00 Uhr
~11 Minuten Lesezeit

Der Oligarchen-Präsident

Bei der Personalie Donald Trump muss man sich die Frage stellen: Ist er ein Betriebsunfall der US-Demokratie oder Symptom ihres Zerfalls?

von Reinhart Faudt
Foto: Joey Sussman/Shutterstock.com

„Im Jahr 2025 leben wir in Amerika in einer oligarchischen Gesellschaft. Noch nie zuvor in unserer

Geschichte hatten so wenige so viel Reichtum, während so viele Amerikaner zu kämpfen hatten. Noch nie haben so wenige so viel politische Macht in ihren Händen gehalten.“ Diese Worte von Bernie Sanders, dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Partei, machen nachdenklich. Wie konnte die älteste Demokratie der Welt so einen Mann erneut zum Präsidenten wählen? Wie lange müssen wir ihn noch ertragen?

In den ersten Monaten seiner zweiten Amtszeit dachten viele, dass dieser Präsident an seiner erratischen, unberechenbaren, narzisstischen und autokratischen Politik letzten Endes scheitern würde. Die amerikanische Demokratie sei mit ihren checks und balances, ihrer Verfassung, der in über 200 Jahren bewährten Gewaltenteilung stark genug, um ihn auszubremsen. Senat und Repräsentantenhaus werden nicht immer von republikanischer Mehrheit beherrscht werden, oder? Wie hat man sich belustigt über seine derbe Rhetorik, seine plumpen Lügen und Verdrehungen. Und jetzt?

Die Periode überheblicher, herablassender und belehrend-moralisierender Kommentare über Trumps Präsidentschaft ist vorbei. Betroffenheit, Hilflosigkeit, Entsetzen und Fassungslosigkeit über sein skrupelloses Präsidialregime beherrschen die Kommentare. In kurzer Zeit hat Trump es geschafft, die gewohnte Welthandelsordnung und die sogenannte regelbasierte Ordnung internationaler Zusammenarbeit zu zerstören, ebenso das Sicherheitsversprechen gegenüber seinen westlichen Verbündeten, die zum Teil immer noch glauben, sie seien mit den USA „befreundet“. Aber immer noch hoffen viele, dass dieser Autokrat

mit den nächsten Wahlen wieder eingehetzt wird oder verschwindet – vielleicht durch einen demokratischen Präsidenten oder einer Präsidentin ersetzt wird?

US-Oligarchen haben ihm das Regierungspersonal und seine politische Agenda diktiert

Der Blick auf Trump – wie konnte er nur die Wahlen gewinnen, wer hat ihn unterstützt? – ist aber eine zu oberflächliche Personifizierung. Wer in die Regierung berufen wurde, wer welches wichtige Amt führt, wer zu entlassen ist, welche Maßnahmen der Präsident und seine Regierung in den nächsten Monaten vordringlich in Angriff nehmen sollte, all das stand schon überwiegend fertig geschrieben in einem Dokument, das Jahre vor Trumps zweitem Wahlsieg verfasst wurde: „2025 Presidential Transition Project“, kurz Project 2025, erstellt von der rechtskonservativen Denkfabrik „Heritage Foundation“, konkretisiert in der „Agenda 47“, ein radikaler Plan zur Umgestaltung des amerikanischen Regierungssystems im Sinne der Stärkung der präsidentiellen Exekutivmacht zu Lasten der Gewaltenteilung und des Parlaments. Und das demonstrierte Trump gleich nach Amtsantritt mit zahllosen präsidentiellen Dekreten.

Ein autokratisches Präsidialsystem soll geschaffen werden

Die verfassungsmäßige Gewaltenteilung auszuhebeln und ein fast autokratisches Präsidialsystem zu schaffen, ist ein zentrales Ziel, das Trumps Republikaner schon in seiner ersten Amtszeit mit der Besetzung rechtskonservativer Richter am obersten Gerichtshof

umsetzten.

Darüber hinaus setzte Trump überall Parteigänger an wichtige Positionen. So hebelte er die Gewaltenteilung aus. Als zweites ging es um die Zerschlagung des noch von den Demokraten personell geprägten Regierungsapparats und vieler Bundesbehörden. Diese Aufgabe übertrug er seinem größten Förderer Elon Musk mit dem Projekt DOGE (Department of Government Efficiency).

Auch wenn die großen Versprechungen, 500 Milliarden Dollar einzusparen, nicht erreicht wurden, so dürfte der Effekt der Tausenden von Entlassungen als politischer Schock gewirkt haben, der die Unterwerfung der Exekutive bewirken sollte.

Die Heritage-Foundation (HF) ist einer der größten und einflussreichsten Thinktanks (Denkfabriken) in den USA und versteht sich als Stiftung mit der Mission, „Freiheit und traditionelle amerikanische Werte zu verteidigen“. In den USA spielen die Parteien eine wesentlich geringere Rolle im politischen Willensbildungsprozess als Stiftungen und Thinktanks. Hinter der Organisation stehen viele Multimilliardäre (Oligarchen) aus zahlreichen Wirtschaftsbranchen, der Öl- und Gasindustrie, der Rüstungsindustrie, der Finanzbranche, davon verstehen sich etliche als weiße christliche Nationalisten, eng verbunden mit den Evangelikalen. Heritage-Chef Kevin Roberts strebt nach politischer Beeinflussung nicht nur in den Grenzen der USA:

„Roberts sieht mit dem internationalen Netzwerk aus Trump, Nigel Farage, Viktor Orban, Javier Milei, Geert Wilders ein „neues Zeitalter des populistischen, patriotischen Konservatismus“ anbrechen.“ (1)

Hinter der HF steht aber noch ein ganzes Geflecht aus Stiftungen, Denkfabriken und NGOs (Nichtregierungsorganisationen), das gemeinsam das Ziel eines rechtskonservativen Amerikas mit einem

schwachen Staat und maximalen Freiheiten für seine reichen Bürger verfolgt, so zum Beispiel „Turning Point USA“, „Center of Renewing America“. Einer der maßgeblichen Thinktanks der Neokonservativen nennt sich „Project for the New American Century“, gegründet 1997 von Bill Kristol, dem Chefredakteur des *Weekly Standard*.

Der *Weekly Standard* ist eines der Sprachrohre der Neokonservativen und gehört dem australischen Medienmogul Rupert Murdoch, der unter anderem den rechten Sender Fox News betreibt. Bill Kristol verachtet internationale Abkommen und die sogenannte „wertebasierte Ordnung“, die die Europäer so hochhalten. Er vertritt eher nationalistische Positionen des „America First“. Amerika müsse seinen militärischen Vorsprung so stark ausbauen, dass keine andere Regionalmacht den Konflikt mit den USA wage. Sein Ziel: ein amerikanisches Imperium, das keine multilateralen Rücksichten nehmen muss. (2)

Anders als in Europas Demokratien erweist sich das System der politischen Willensbildung in den USA als Markt, auf dem Macht und Einfluss käufliche Waren sind, als ein System der indirekten Plutokratie: Man gründet oder kauft als Oligarch eine Stiftung oder Denkfabrik, spart dadurch Steuern und übt im Wettbewerb oder in Kooperation mit anderen Oligarchen politischen Einfluss aus, indem man Gutachten und Stellungnahmen zu Gesetzen oder gleich neue Gesetze und Verordnungen erarbeitet lässt, die die jeweilige Präsidialverwaltung dann einfach umsetzen soll. Zugleich verfügen sie über Massenmedien, mit deren Hilfe sie ihre Propaganda verbreiten. So entfaltet sich die politische Macht aus der Schicht der Superreichen und unterwirft sich den Staat. (3)

Super-PACS lassen Wahlkandidaten wie Puppen tanzen

Aber es geht noch schlimmer: 2014 kippte der oberste Gerichtshof der USA die bis dahin gültigen Begrenzungen der Wahlkampfspenden und erlaubte sogenannten „SuperPACs“ (Political Action Committees), Spenden in unbegrenzter Höhe anzunehmen, um sie in Wahlkämpfen zu leiten (4).

Und so gründeten die US-Oligarchen Dutzende Super-PACs und bauen damit Kandidaten auf oder zerstören ihre Wahlchancen, sie „lassen Kandidaten wie Puppen tanzen“ (5).

Wer nicht die Unterstützung der Oligarchen erhält, hat keine Chance. Allein der Präsidentschaftswahlkampf 2024 kostete mehr als 5,5 Milliarden Dollar (6), davon spendete Elon Musk über 250 Millionen für Trump, dicht gefolgt von Timothy Mellon mit 200 Millionen. Dennoch hat Kamala Harris mehr Spenden eingesammelt als Trump, allerdings überwiegend kleinere Spenden.

Geld allein schafft eben keinen Wahlerfolg. Aber seine aggressive und populistische Rhetorik gegen die „Eliten“ im Rahmen der Kampagne „Make America Great Again“ und sein Gespür für die Unzufriedenheit der Wähler mit der Politik der Biden-Administration haben ihm zum Erfolg verholfen.

Warum unterstützen diese Superreichen vor allem Trumps Republikaner und weshalb folgen die Republikaner mit großer Mehrheit Trump?

Das schon lange vor Trumps dritter Präsidentschaftskandidatur bekannt gewordene Programm der Agenda 47, nach dem 47. US-Präsidenten benannt, und des umfangreicheren Project 2025

beschreibt eine Politik, die sowohl die große Mehrheit republikanischer Wähler, besonders konservative und evangelikale Kreise ansprach, aber auch die libertären Erwartungen vieler Oligarchen an einen Staat, der die Regulierungen und Einschränkungen der Unternehmer etwa zu Klima- und Umweltschutz drastisch zurückdrehen sollte.

Trump erfüllte nach Amtsantritt diese Erwartungen schnell, indem er viele internationale Vereinbarungen kündigte und die USA aus über 60 internationalen Organisationen zurückzog. Gleich zu Beginn setzte er 15 Milliardärsfreunde in einflussreiche Regierungspositionen (7). Was sie und weitere reiche Unterstützer und Finanziers anzog, war die Aussicht, direkten Zugang zur politischen Macht zu erhalten, mit dem Ziel, ihre libertären Vorstellungen schrankenloser unternehmerischer Freiheit umsetzen zu können.

Der öffentlichkeitsscheue Gründer von Paypal, Peter Thiel, zugleich Mentor und Förderer von J.D. Vance, formuliert es radikal so: „Ich glaube nicht mehr, dass Freiheit und Demokratie miteinander vereinbar sind“ (8).

Der Anstieg der Sozialleistungen und sogar das Frauenwahlrecht hält er für eine Gefährdung einer auf Freiheit beruhenden Ordnung. Und auch viele Tech-Milliardäre aus dem Silicon Valley unterstützten diesmal die Republikaner, da ihnen die Vorstellung von Steuersenkungen und eines starken Rückbaus staatlicher Kontrollen und Auflagen gefiel. Viele glauben eher an technokratische Visionen, zum Beispiel von Zivilisationen auf offenem Meer wie Thiel oder auf dem Mars wie Musk als an demokratische Partizipation der Bevölkerung. Nationalstaaten sind ihnen zu eng und lästig geworden, selbst die USA. Würde sich ein Mark Zuckerberg als Kandidat für die US-Präsidentschaft bewerben? Der Journalist Steven Levy, der über Zuckerberg

recherchierte, meint:

„Kein Land der Erde hat eine so große Bevölkerung wie Facebook. Die Präsidentschaft wäre ein Rückschritt.“ (9)

Die Macht der Tech-Konzerne erfasst die ganze Welt, könnte aber allein durch Kartellverfahren der US-Regierung begrenzt werden, eventuell noch von Auflagen der EU, Fake-News und Hate-Speech zu unterdrücken beziehungsweise hohe Strafzahlungen bei Verstößen festzusetzen. Darum übt die Trump-Regierung jetzt im Interesse der Tech-Bosse Druck auf die EU aus, die „Grenzen der Meinungsfreiheit“ in ihrem Sinn aufzuheben.

Warum stehen die republikanischen Wähler fast geschlossen hinter Trump trotz all seiner Eskapaden?

Trump hat es in seinen Wahlkämpfen geschafft, mit seiner Demagogie und populistischen Rhetorik die republikanische Wählerschaft zu mobilisieren wie kein anderer, evangelikale und jüdische Wählergruppen, weiße untere Mittelschicht, Arbeiter, auch große Teile der von Joe Biden enttäuschten Hispanics, viele Wähler der ländlichen Gebiete, die von Abstiegsängsten beherrschten Wähler, die zum Beispiel in der Immobilienkrise ihre Häuser verloren haben, die unter Arbeitslosigkeit und prekären Jobs leiden, kurz: all die Opfer der globalisierungsbedingten Deindustrialisierung und der in ländlichen Regionen schmerhaft spürbaren Folgen des Freihandels.

Andererseits haben sich das Zwei-Parteiensystem, die Wahlkämpfe und das Mediensystem seit den 80er Jahren stark radikaliert und polarisiert. Die Demokraten rückten politisch nach links, traten für Minderheitenrechte und multikulturelle Toleranz ein, für

Frauenrechte und Gewerkschaften und den Ausbau sozialer Leistungen, während die Republikaner eher weiße traditionelle amerikanische Werte und kulturelle Identität und deutlich konservativere Gesellschaftsauffassungen vertraten.

Politik als Kriegsführung

Seit den Republikanern klar geworden ist, dass in Zukunft auf Grund demografischer Veränderungen und der Migration keine weiße Bevölkerungsmehrheit mehr vorhanden sein wird (10), die noch immer die große Mehrheit ihrer Wählerschaft stellt, hat sich die Programmatik und Rhetorik in Wahlkämpfen verschärft. Schon Ende der 70er Jahre hatte der Republikaner Newt Gingrich seine Partei auf eine konfrontative, martialische Art von Politik eingeschworen:

„Ihr kämpft in einem Krieg. In einem Krieg um die Macht. [...] Was wir wirklich brauchen, sind Leute, die bereit sind, in einen offenen Schlagabtausch einzutreten [...] Was ist der Hauptzweck von Politik? [...] Eine Mehrheit zu beschaffen.“ (11)

Die Politik als Kriegsführung führte dazu, den Gegner, die Demokraten, als Feind zu sehen, den es zu zerstören gilt. Gingrich gründete das Political Action Committee GOPAC und bildete eine neue Generation von skrupellosen Republikanern aus, die die Demokraten als „krank“, „betrügerisch“ und unpatriotisch angriffen. Diese Polarisierung und aggressive Rhetorik wurde vor allem in Radio-Talkshows und privaten Fernsehsendern verbreitet, die von Medien-Tycoonen wie Rupert Murdoch betrieben wurden und den Republikanern nahestanden. In den 90er Jahren wurde diese Politik der Kriegsführung noch gesteigert, die Parteibasis auf den Kurs eingeschworen, Kompromisse zwischen Opposition und Regierung radikal abgelehnt.

Tea-Party und rechtsradikale Sender heizen die Polarisierung weiter an

Einen weiteren Höhepunkt der Konfrontation bildete der Präsidentschaftswahlkampf 2008, in dem Barack Obama rassistischen Angriffen ausgesetzt war, den Demokraten pauschal Unterstützung von Terrorismus und Islamismus sowie Zerstörung der amerikanischen Wirtschaft und Demokratie vorgeworfen wurde, was vor allem der rechte Privatsender Fox News in der besten Sendezeit vor über 3,5 Millionen Zuschauern ausbreitete. Ohne diese privaten Sender wie Breitbart News, One America News Network und andere rechtsgerichtete Radiostationen wäre die polarisierende aggressive Stimmung und Spaltung der amerikanischen Gesellschaft nicht möglich. Daraus kann Europa viel lernen.

Politik als Krieg kulminierte 2009 mit der Gründung der ultrarechten „Tea-Party-Bewegung“, die massiv von Oligarchen gefördert wurde, den Brüdern Charles und David Koch von Koch Industries, die ein weites Netzwerk, das „Koch-Netzwerk“ und das Cato-Institute, zur Beeinflussung der US-Politik aufgebaut hatten und antidemokratische, autokratisch-libertäre Vorstellungen vertraten.

Die Kochs waren Anhänger des österreichischen ultraliberalen Ökonomen Friedrich August von Hayek, Gegner von Mindestlöhnen und staatlicher Gesundheits- und Altersversorgung, also jeglicher staatlicher Regulierung.

Anhänger der Tea-Party bei den Republikanern griffen vor allem die moderaten, auf Kompromiss und Kooperation setzenden Führer in den eigenen Reihen an und dominierten so bald die gesamte „Grand Old Party“ und machten damit erst Trumps Kandidatur möglich.

Trump – kein Betriebsunfall

Wenn heute Superreiche so viele Möglichkeiten und Mittel haben, die politische Meinungsbildung zu beeinflussen und die Wahl der Kandidaten für Senat und Repräsentantenhaus zu bestimmen, indem sie zum Beispiel einem unliebsamen liberalen Kandidaten einen finanziell besser ausgestatteten Gegenkandidaten gegenüberstellen, dann macht die Rede von der amerikanischen Demokratie keinen Sinn mehr, dann handelt es sich um eine indirekte Plutokratie, das heißt um die indirekte Herrschaft des großen Geldes. Demzufolge darf man wohl bei Trumps Nachfolger auf wenig Besseres hoffen.

Wie konnte es dazu kommen?

Polarisierung, Konfrontation und Feindbilder als Mittel der Wahlkämpfe konnten zeitweilig Mehrheiten erringen, zerstörten aber die Normen und Regeln des ausgleichenden kooperativen Umgangs miteinander und damit die Grundlagen der Demokratie. Hinzu kam die Macht des großen Geldes. Im Grunde hat schon der seit Ronald Reagan („Reagonomics“) und Margaret Thatcher auch bei uns forciert verbreitete Neoliberalismus die Basis geschaffen für eine große Welle der Privatisierungen, der Deregulierung und Liberalisierung der Kapitalmärkte, die eine gigantische Vermögens- und Kapitalanhäufung ermöglichten, die auf der anderen Seite zu höheren Staatsschulden und dem Abbau von Sozialleistungen führten, auch in Europa. Gleichzeitig bildeten sich große private Medienkonzerne heraus, die die öffentliche Meinung im Sinne des Vorrangs privater Interessen vor öffentlichen in marktkonformer Weise zu beherrschen versuchen.

Anders als es Peter Thiel und seine Techno-Fans meinen, ist Demokratie auf Dauer eben nicht vereinbar mit unbegrenztem

Reichtum und unbegrenzter Freiheit für das Kapital.



Reinhard Faudt, Jahrgang 1948, absolvierte von 1969 bis 1975 ein Studium für das gymnasiale Lehramt in den Fachgebieten Germanistik, Politik- und Wirtschaftswissenschaften an der Uni Göttingen. Zu dieser Zeit engagierte er sich im marxistischen Spektrum der linken Studentenbewegung und wurde daraufhin einem ministeriell verordneten Verhör unterworfen, das er dank seiner guten Kenntnisse des Grundgesetzes bestand. Anschließend arbeitete er viele Jahrzehnte Vollzeit als Lehrer an verschiedenen Schularten und Gymnasien. Seit 2014 ist er pensioniert.